

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmentpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Verzählungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbücher werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38–42, Telephon-Aren. 98 u. 89. Teleg. Abt.: Altverband Bochum.

Gewinne und Löhne im Kalibergbau.

Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß das planlose Gründungsfieber — das sogenannte Kaliüberfieber — den Kalibau in eine recht müßige Lage gebracht hat, die sich dann durch den Ausfall des Auslandsabsatzes infolge des Krieges noch verschlechterte, so sind die beweglichen Säulen der Kaliwerksbesitzer doch stark übertrieben. Das beweisen die bisher veröffentlichten Geschäftsberichte. Danach haben in den Jahren 1915 und 1916 Gewinne erzielt (die mit einem * gekennzeichneten sind Nettogewinne oder Rein- die übrigen Betriebs- oder Rohgewinne) in Mark:

	1915	1916
Wülfel-Kaliwerke (Obernkirchen)	170 053	187 110
Wülfel-Nordstern	121 226*	252 448*
Alzeybergwerk (Verl)	503 864*	1 200 907*
Aschersleben	2 811 740	2 401 807
Altalmerwerke Westereggeln	954 958*	1 510 930*
Wittenroda	908 172	985 212
Wenthe (Hannover)	254 752*	215 395*
Vergmannsfegegn	220 190	957 573
Wernherdshall (Göttingen)	110 930	151 109
Wronschwitz-Lüneburg	225 500	488 584
Carlsfund (Magdeburg)	770 180	1 185 153
Desdemona	207 051*	381 580*
Deutsche Kaliwerke (Wittenroda)	2 308 216	3 565 576
Einföhl (Folterleben)	770 281*	1 285 275*
Friedrichshall (Schlede)	1 051 202	1 688 063
Glückauf (Sondershausen)	845 410*	1 914 263*
Großherzog von Sachsen	671 033	1 160 090
Großherzog Wilhelm Ernst	674 406	816 371
Wülfershausen (Göttingen)	129 167*	305 897*
Hallische Kaliwerke (Schlettau)	106 718	491 780
Heiligenroda	360 173*	896 622*
Heringen	190 458*	459 004*
Hohenfels	279 701	422 077
Hohenlohe (Greden)	242 006	500 014
Hugo (Wipperfürth)	747 338	958 205
Immenrode	231 795	209 130
Justus (Wolfsburg)	1 048 204	1 560 022
Kaiserotha (Dissenort)	450 722	692 060
Krämershall	819 400	1 401 307
Niedersachsen (Wolfsburg)	602 617	810 503
Neu-Stadt I und II	772 260	8 732 106
Ronneberg (Hannover)	1 345 447	2 078 574
Rosslau	715 800	1 288 843
Sachsen-Weimar	541 601*	1 387 866*
Salzdorf	1 652 868	2 565 908
Salzmünde	234 041	549 403
Siegfried I (Bogelbeck)	508 653	707 179
Sollstedt	814 000	1 369 000
Tentonia (Schreyahn)	428 134	297 299
Thiederhall (Thiede)	850 860	504 088
Thüringen	241 906*	448 270*
Wittenroda (Wittenroda)	544 732	702 045
Wintershall	747 507*	1 148 121
Zusammen	27 176 702	45 804 022

Die Gewinnergebnisse dieser 43 Kaliwerke sind danach insgesamt in 1916 um 18 627 230 Mk. oder 68,5 Prozent gegen 1915 gestiegen. Wenn ein Teil derselben trotzdem keine Ausbute erzielte, vielleicht sogar noch Verluste hatte, so liegt das lediglich in der durch das Gründungsfieber verursachten Überkapitalisierung. Zum Teil wurden aber auch sehr große Abschreibungen vorgenommen. So heißt es z. B. im Geschäftsbericht des Wintershallkonzerns für 1916, daß der Bruttovergessen 1 446 888 Mk. betragen habe, gegen 1 133 256 Mk. im Vorjahr. Die Rückstellungen, Steuern, Zinsen, Feuerversicherungsprämien usw. erforderten 203 730 Mk. und Generalumkosten 95 085 Mk. Dann weiter:

„Der Nettoüberschuss bezieht sich nach Abzug der Kosten auf 1 148 121 Mk. gegenüber 747 567 Mk. im Jahre 1915. Er ist mit 349 200 Mk. zur Vergütung der Auliche und mit 785 733 Mk. zu den notwendigen Abschreibungen usw. verwendet worden.“

So verschwinden selbst Nettoüberschüsse zur Vergütung von Aulichen und den notwendigen Abschreibungen. Nach außen kann dann gesagt werden, Ruhstube wurde nicht gezahlt, oder gar, es wurde mit Verlust abgeschlossen.

Verne klagen ohne zu leiden! Wie die Aulainteressenten das verstehen, dafür nur ein Beispiel. Am 28. März 1917 sagte der Kaliwerksbesitzer Herr Emil Sauer in der Gesellschaftsverhandlung des Kali- und Steinkohlenkonzerns, in der Kaliindustrie seien annähernd 134 Milliarden festgelegt, ihr Betriebsüberschuß, nicht „Gewinn“, habe in 1916 aber nur ungefähr 16 Millionen Mark betragen. Die Sackenner, denen das vorgetragen wurde, werden gleichzeitig haken! Man vergleiche damit nur die vorstehenden Gewinnergebnisse und man wird finden, daß sich Herr Sauer danach schon um 29 804 022 Mk. oder 186,3 Prozent, sagen wir mal — unterschätzt hat. Dabei ist diese Zusammenstellung nicht einmal vollständig. Es unterdrückt sich kein Geschäftsmann. Herr Emil Sauer aber ist ein kluger Geschäftsmann! —

Die Lohnverhältnisse sind im Kalibergbau sehr ungünstig, weil ein großer Teil der Kaliarbeiter es bisher verjährt hat, sich unserm Verbande anzuschließen. Nach dem Reichstag verlegten Denkschrift (Drucksache 767 und Anlagen) stellt sich der durchschnittliche Schichtverdienst wie folgt in der



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38–42, Telephon-Aren. 98 u. 89. Teleg. Abt.: Altverband Bochum.

„Die neuen Zulagen sind ab 1. Juli 1917 zu zahlen und im Lohnbuch bzw. im Lohnzettel von dem übrigen Lohn gesondert aufzuführen.“

Herner gelang es den Bemühungen unserer gewerkschaftlichen Vertreter, dem § 13 des Gesetzes folgende Erweiterung zu geben:

Als Absatz 5:

„Die vorstehenden Bestimmungen (Lohnerhöhung) finden Anwendung gleichviel ob die Arbeiter von dem Kaliwerksbesitzer selbst oder von einem Unternehmer beschäftigt werden.“

Als Absatz 6:

„Bei Beschwerden der Arbeiter über geschwundige Lohnzahlungen sind den Arbeiterausschüssen von der Werftsetzung die Lohnnachweise vorzulegen, damit die Arbeiterausschüsse die Beschwerde nachprüfen und für eine friedliche Ausgleichung der Streitigkeiten richten können.“

Es ist also alles geschehen, um die Ansprüche der Arbeiter geistig sicher zu stellen. Die Arbeiterausschüsse haben sogar das Nachprüfungsrecht erhalten. Aber wie selbst diese klaren, unzweideutigen Gesetzesbestimmungen umgangen werden, zeigt folgende Verfügung“ auf Glückauf-Sondershausen:

„Vom 1. Juli d. J. ab werden sämtliche Gedinge und Schichtlöhne um 10 Prozent erhöht. Ferner wird vom gleichen Tage ab neben den bisher gewohnten Leuerungszulagen den männlichen Arbeitern für jedes ihrer noch schulpflichtigen Kinder eine weitere Leuerungszulage von monatlich 5 Mark gezahlt. Die Erhöhung der Schichtlöhne wird auf je 5 Pf. die der Gedinge auf je 1 Pf. nach oben abgerundet. Bei der durch diese Verfügung angeordneten Änderung der Gedingeäste findet natürlich die Änderung der Trennungskosten nach oben wie nach unten entsprechende Verhältnismäßigkeit.“

So und ähnlich wird es gemacht und es gelingt, wo die Arbeiter schlecht oder gar nicht organisiert sind. Auf Glückauf ist jedoch ein verhältnismäßig großer Teil der Belegschaft organisiert, konnte sich folglich zur Wehr setzen und so wird es anders kommen, wie die Werftleitung dachte. Wo trob Gesetz die Willkür herrscht zum Nachteil der Arbeiter, tragen die Unorganisierten die Schuld. Wer nicht hören will, muß fühlen!

Lohnklasse I (eigentliche Bergarbeiter):

	1. Halbjahr 1916	2. Halbjahr 1916
über 7,00 Mk.	3 Werke	21 Werke
6,50–7,00 "	14 "	45 "
6,00–6,50 "	33 "	55 "
5,50–6,00 "	52 "	22 "
5,00–5,50 "	34 "	2 "
4,50–5,00 "	9 "	" "

Lohnklasse II (sonstige Untertagsarbeiter):

	1. Halbjahr 1916	2. Halbjahr 1916
über 6,00 Mk.	1 Werke	11 Werke
5,50–6,00 "	12 "	38 "
5,00–5,50 "	33 "	80 "
4,50–5,00 "	72 "	40 "
4,00–4,50 "	43 "	1 "
3,50–4,00 "	7 "	" "

Lohnklasse III (erwachsene männliche Nebertagsarbeiter):

	1. Halbjahr 1916	2. Halbjahr 1916
5,50–6,00 Mk.	3 Werke	6 Werke
5,00–5,50 "	10 "	65 "
4,50–5,00 "	60 "	92 "
4,00–4,50 "	79 "	11 "
3,50–4,00 "	25 "	" "

Während blieb der Schichtdienst auf der Wehrzahl der Werke selbst im 2. Halbjahr 1916 für die Lohnklasse I noch unter 6,50 Mk. (vorwiegend Bergarbeiter!), für die Lohnklasse II noch unter 5,50 Mk. für die Lohnklasse III noch unter 5 Mark! Solche Löhne müssen in jetziger Zeit als völlig unauskömmlich bezeichnet werden.

Aus den Denkschriften über die Löhne in der Kaliindustrie, welche dem Reichstag vorgelegt wurden, lassen sich für sämtliche Kaliwerke folgende in den Jahren 1907/08–1916 gezahlten Durchschnittslohne errednen (in Mark):

	1. Jan. bis 31. Dez.	1. Jan. bis 23. Juni 31. Dez.
1907/08 1910	1911	1912
I 4,58	4,80	5,00
II 3,91	4,03	4,08
III 3,66	3,76	3,88
IV 3,63	3,73	3,83
		5,23
		5,18
		5,34
		4,43
		5,03
		4,69
		5,27

Lohnklasse I umfaßt die eigentlichen Bergarbeiter, II die sonstigen Untertagsarbeiter, III die erwachsenen Übertagsarbeiter, IV die jugendlichen Arbeiter aber auch die Fabrikarbeiter usw. Auch diese Zusammenstellung zeigt, daß die Löhne völlig unauskömmlich sind. Wie wäre es, wenn die Arbeiterorganisationen und ihre Vertreter nicht unermüdet für die Besserstellung der Kaliarbeiter gewirkt hätten? Dieser Tätigkeit ist es zu verdanken, daß in die Kaliigeschekonvention vom 21. Juni 1916 die Bestimmung hineinkam, daß die Arbeiterlöhne um 80 Pf. pro Schicht über die durchschnittlich 1912 und 1913 gezahlten erhöht werden müssen!

Außerdem wurde auf Grund privater Verständigung zwischen Vertretern der Arbeiterorganisationen und dem Kali- und Steinkohlenkonzern vereinbart:

„Es wird ab 1. Juni 1916 von allen Werken eine Zulage von 25 Pf. pro Arbeiter und Schicht zu dem jeweiligen Lohn einschließlich der gegenwärtigen Zulagen gewährt und in den Lohnbüchern geführt. Diese Zulage erhalten auch diejenigen Arbeiter, deren Grundlohn einschließlich dieser Zulage den Durchschnittslohn von 1912/13 seiner Lohnklasse plus 80 Pf. übersteigt.“

Somit hätten alle Kaliarbeiter eine Zulage von 1,05 Mk. pro Schicht zu dem in 1912/13 erfassten Durchschnittslohn zu beanspruchen gehabt. Aber — wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Die Werftsherren halten selbst Gesetzes- und Vertragsbestimmungen nur da, wo sie müssen, d. h. wo die Arbeiter stark organisiert

Nun ist aber zu beachten, daß nicht alle Arbeiter im preußischen Bergbau von der amtlichen Lohnstatistik erfaßt werden. So wurden z. B. im letzten Friedensjahr 1913 von der Gesamtzahl der Arbeiter von 765 066 nur 727 900 oder 95,14 Prozent von der amtlichen Lohnstatistik erfaßt; 87 166 oder 4,86 Prozent wurden nicht erfaßt. Von den 9826 Arbeiterinnen wurden gar nur 6890 oder 70,12 Prozent erfaßt; 2936 oder 29,88 Prozent wurden nicht erfaßt. Wenn wir das gleiche Verhältnis im ersten Vierteljahr 1917 zugrunde legen, dann sind 12 204 Arbeiterinnen nicht erfaßt und erhöht sich damit ihre Zahl von 40 842 auf 53 046.

Die Löhne der jugendlichen Arbeiter haben wir schon in Nr. 26 der „Bergarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt. Im letzten Friedensjahr 1913 waren von 9826 Arbeiterinnen 5247 oder 53,4 Prozent über 21 Jahre alt. Dieses Verhältnis wird sich nicht wesentlich verschoben haben. Stellen wir darum auch die Durchschnittslöhne der Arbeiterinnen mit den Durchschnittslöhnen der Gesamtarbeiterchaft im Vergleich, dann ergibt sich folgendes Bild (in Mark):

	Gesamtarbeiterchaft		Arbeiterinnen			
	2. 1. Steige.	2. 1. Steige.	Vierteljahrzeitung	Vierteljahrzeitung		
Auhrgebiet	1914	1917	in %	1914	1917	in %
5,22	7,24	88,7	—	3,72	—	—
Oberschlesien	3,65	4,90	84,2	1,80	2,11	62,8
Mittelschlesien	3,49	4,48	27,8	1,73	2,40	38,7
Saargebiet	4,42	5,82	31,7	—	2,74	—
Wachauer Revier	4,80	6,00	25,0	—	3,84	—
Niederrh. Steinkohlenbergbau	5,49	7,44	85,5	—	3,66	—
Gärtner Braunkohlenbergbau	3,74	4,68	25,1	2,39	3,22	34,7
Wittlich. Braunkohlenbergbau	4,25	5,51	20,6	—	3,68	—
Gärtner Salzbergbau	4,20	5,00	21,2	2,12	3,25	53,9
Clausthaler Salzbergbau	4,39	5,10	16,2	3,96	3,06	—
Mansfelder Erzbergbau	3,66	6,12	67,2	—	3,60	—
Überharzer Erzbergbau	3,55	5,80	57,7	1,46	3,47	137,7
Siegener Erzbergbau	4,40	6,83	43,9	1,80	2,48	37,8
Rausau-Wetzlarer Erzbergbau	3,82	4,85	37,8	1,35	2,25	66,6
Weißeschein-Erzbergbau	3,87	5,51	38,8	1,55	2,48	56,8
Winterschein-Erzbergbau	3,34	4,00	37,7	1,67	2,22	82,9

Die Lohnsteigerungen der Gesamtarbeiterchaft schwanken danach in den einzelnen Bergrevieren zwischen 16,2 und 67,2 Prozent, die der Arbeiterinnen zwischen 32,9 und 137,7 Prozent. Prozentual sind also die Durchschnittslöhne der Arbeiterinnen stärker gestiegen; doch ist zu beachten, daß sie noch immer in einem völligen Missverhältnis zu den Durchschnittslöhnen der Gesamtarbeiterchaft stehen, welches vor dem Kriege noch schlimmer war. Im zweiten Vierteljahr 1914 standen die Durchschnittslöhne der Arbeiterinnen nur etwa 2,20 Mk. gleich 53 Proz. im ersten Vierteljahr 1917 sogar um etwa 2,60 Mk. gleich 46 Proz. pro Schicht niedriger, wie der der Gesamtarbeiterchaft. Wenn es sich auch in der Hauptstrecke um rauhe, schwere Arbeit handelt, die große, robuste Kraft erfordert, welche die Arbeiterinnen nicht besitzen, so ist doch der Leistungsschied nicht so groß, wie der Lohnunterschied.

Im Clausthaler Salzbergbau haben die Arbeiterinnen sogar einen Lohnüberschlag von 90 Pf. gleich 22,7 Prozent pro Schicht zu verzeichnen. Das ist, doch mindestens auffallend. Auffallend sind neben den starken Lohnunterschieden in den einzelnen Bergrevieren auch die Unterschiede in den Lohnsteigerungen, die in den verschiedensten Leistungen und Beschäftigungen nicht genügend begründet erscheinen. Meistens stehen die Löhne der Arbeiterinnen noch so, daß sie kaum zur Belohnung ausreichen dürften. Die Werkbesitzer zeigen auch hier, daß sie Geschäftsräume sind, die jeden Vorteil, auch die willige und billige Arbeitskraft rücksichtslos ausnutzen. Die organisierten Bergarbeiter betrachten diese Ausnutzung nicht als Kriegsnotwendigkeit und mit gemäßigten Gefühlen. Nurso entschieder werden sie nach Friedensschluß auf ihrer alten Forderung „Verbot der Frauenarbeit im Bergbau“ bestehen müssen.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung. Beschlüsse der Landesversicherungsanstalten.

Die diesjährige Volksversammlung der deutschen Landesversicherungsanstalten fand in Abwesenheit des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und zahlreicher anderer behördlicher Vertreter am 24. Juni in Heidelberg statt. Es wurde dabei eine Entscheidung angenommen, in der es u. a. heißt:

„In der Einrichtung der Beratungsstelle für Geschlechtsfragen wird ein wichtiges und für die Zukunft vielversprechendes Mittel eröffnet, um diesen Volksdeutsch Herr werden zu können. Die Tätigkeit der Beratungsstelle muß sich auf die vertraulichste Zusammenarbeit mit Krankenkassen und Ärzten aufzubauen. Um einem Abwandern der Geschlechtsfragen zu Richtigen vorzubeugen, erachtet die Versammlung es einstimmig für dringend erforderlich, daß die Behandlung Geschlechtsfragen durch Richtärzte (Kurpfuscher) oder auf schriftlichem Wege durch Richtärzte verboten wird.“

Gleichfalls einstimmige Annahme fand folgender Antrag:

„Der seit 1901 in verstärktem Umfang eingetretene Geburtenrückgang fordert unablässlich, daß ohne jeden weiteren Verzug in großzügiger Weise mit wirtschaftlichen Mitteln eingerichtet werde, so weit es sich dabei um eine Minderung der wirtschaftlichen Not der kinderreichen Familien, darunter insbesondere auch der Wohnungsnot, und um eine Beeinflussung der Lebensaufstellung der versicherungspflichtigen Bevölkerung handelt, ist bei einem zweckentsprechenden Ausbau der Sozialversicherung von deren als Stützen des Volksfriedest bewährten Kräften eine erfolgreiche Tätigkeit zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs zu erwarten.“

Eine Veränderung des Kapitalsdeckung bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und der Ertrag der außerordentlich kostspieligen besonderen Altersrenteversicherung durch einen den Bevölkerung sofort hilft bringenden Ausbau der allgemeinen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung werden geeignete Wege bieten, um die Tragung der neuen Lasten zu erleichtern.“

Die soziale Fürsorge hat, wie der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kauflmann, in seiner Begrüßungsrede ausführte, dazu beizutragen, ein gesundes, neuverwirtetes Volk, dieses wertvollen Erbe eines Staates, zu erhalten. Vor dem Kriege haben zahlreiche Befürworter des sozialen Kapitalismus die soziale Fürsorge heftig belästigt, sie beschuldigt, sie erzöge zur Rentensucht und verunsichernde Gequenlichkeit.

Aus unseren Rechtschutzbureaus.

420 Mark Kranfgeld für einen Kriegsteilnehmer erstritten.

Der frühere Bergarbeiter, jetzige Unteroffizier der Reserve, L. L. aus Seitendorf war bis zum 1. August 1914 auf dem Steinohlenbergwerk „König. Eger-Gottes“ in Altwasser beschäftigt und wurde am 3. August 1914 zum Kriegsdienst einberufen. Wie viele andere wurde er am 23. August bei Longwy in Frankreich verwundet. Da L. innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der die Versicherungspflicht begründeten Beschäftigung verwundet wurde, machte er durch seinen Arbeitsschutzverein eine Anspruch auf Entschädigung. Der Vorstand des Niedersächsischen Knappelschaftsvereins wies den Anspruch als unbegründet zurück, weil L. dem Rechte der freiwilligen Weiterbeschäftigung keinen Gebrauch gemacht und der Eintritt des Versicherungsfalles im Auslande erfolgte. Auch das Knappelschaftsgericht in Bremen erkannte den Anspruch nicht als berechtigt an, jedoch die Bewilligung durch Vorentscheidung vom 3. Oktober 1915 als unbegründet zurückgewiesen wurde. Nachdem jedoch der Bundesrat unter dem 14. Juni 1916 eine Bekanntmachung erlassen hatte, daß der Außenhafte im Auslande im Sinne des § 214 Abs. 2 der RVO nicht gleich mit einer Aufenthalts im Auslande, der durch Einberufung zu Kriegs-, Sanitäts-, oder ähnlichen Diensten für das Reich oder eine ihm verbündete Macht verursacht ist, ward der Anspruch erneut gestellt. Der Vorstand des Niedersächsischen Knappelschaftsvereins lehnt nach wie vor die Kranfgeldansprüche aus der Kriegsverwundung ab. Die Verteilung gegen den erneuten ablehnenden Bescheid vom 18. Oktober 1916 hatte Erfolg. Durch Vorentscheidung des Vorsitzenden des Knappelschaftsgerichts in Bremen vom 17. Januar 1917 wurde der angefochtene Bescheid des Knappelschaftsvereins aufgehoben und der Niedersächsische Knappelschaftsverein für verpflichtet erklärt, an L. aus Anlaß seiner Verwundung vom 22. August 1914 das sagungsgemäße Kranfgeld für

die Dauer der Arbeitsunfähigkeit zu gewähren. Die Revision des Belegschaftsgerichts wurde zurückgewiesen, da sich nunmehr das Knappelschafts-Oberhofengericht der Meinung des Knappelschaftsgerichts zu Bremen anschloß, daß auch der zum Heeresdienst eingezogene Bergmann als erwerbslos gelle. Dementsprechend erhielt L. die obengenannte Summe nachträglich ausgezahlt.

Wir halten diese Auslegung des § 214 Abs. 3 für richtig, weil eine andere Anwendung zu den allergrößten Unbilligkeiten führen würde. Schenken wir den Fall, daß von zwei zu gleicher Zeit dem Feinde entgegenseinenden Soldaten der eine einen Meter vor der Grenze, der andere einen Meter hinter der Grenze verwundet wird. Es würde dann der eine Anspruch haben auf die Entschädigung, während der andere sehr ausgehen müßte, weil er ein paar Meter weiter gekommen ist, ehe ihn die feindliche Kugel getroffen hat. Weil durch die oben erwähnte Bundesratsverordnung die zweideutige Auslegung des Begriffs „Ausland“ geregelt ist, auch die höchsten Spruchinstanzen zugunsten der Versicherungen entschieden haben, dürfen sich ähnliche Streitfälle kaum wiederholen. Dieser Streit ist fast nach drei Jahren für den Versicherer erfolgreich zum Ausdruck gebracht worden. Ohne Hilfe des Arbeiterschutzes hätte L. sicher keinen Erfolg gehabt. Nunmehr wieder zeigt sich der Wert der Organisation und der durch diese geschaffenen Einrichtungen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Aus der Braunkohlenindustrie.

Das Niedersächsische Braunkohlen-Brifts-Syndikat (Höhn) hat einen Bericht für 1916/17 veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die Förderung gestiegen ist. Darüber heißt es in dem Bericht: Durch die Vermehrung des Betriebs und durch den planmäßigen Ausbau der maschinellen Kohlenförderung gelang es, bis zum Herbst die Förderung an Rohbraunkohlen und die Erzeugung von Braunkohlenbrütsel deutlich zu steigern, daß Industrie- und Haushaltshäufigkeit voll befriedet werden konnten, während im Herbst und Winter die Förderung, Herstellung und Lieferung durch Beförderungsschwierigkeiten gehindert wurde, so daß die Nachfrage nicht ausreichende Bedeutung fand. Die Gesamtförderung an Rohbraunkohlen betrug 23,62 (i. R. 21,64) Mill. Ton. To., sein Absatz 4,24 (2,50) Mill. Ton. To. Der Rohbraunkohlenbrütsel dagegen ist durch einen Anstieg der Gewerbeanteile und Preissteigerung sowie der Gewerbeanteile Bellerbauer und Beifelsgrube sowie der Glarenbach A.G. für Kohlen- und Thonindustrie gingen auf Rheinische A.G. für Braunkohlenbergbau und Braunkohlenfabrikation über. Das Gewerbeabsatzvolumen der Gesellschaften von 501 Mill. To. ist unverändert geblieben. Die Zahl der betriebssicheren Preisen auf den Werken des Betriebschaffter betrug am 31. März 495 Pfund. Der Gesamtabsatz Brifts, einschließlich der von der Gesellschaft mit verkauften Erzeugungen der Briftsfabrik Thürn (40 613 Tonnen) und der Gewerkschaft Günz (40 613 Tonnen) betrug 5 662 334 To., und war damit um 18 231 To. geringer als im Vorjahr. Der Beitrag an Brifts auf den Werken der Gesellschaften betrug am 31. März nach 82 015 gegen nur 869 Ton. To. an, die gleichen Vorjahrseinzahlen. Der Absatz an Haushaltstafeln betrug 3 230 800 To. oder 37,22 Prozent jener des Industriebrütsels 2 422 438 To. bzw. 42,78 Prozent des Gesamtabsatzes. Der Absatz an Industriebrütsel erfuhr im Vergleich zum Vorjahr wieder eine erhebliche Steigerung.

Neue Kohlenpreiserhöhungen.

Das verpauante Rheinische Braunkohlen-Brifts-Syndikat hat vom 1. Juli ab um 1 Mark pro Tonne den Preis der Brifts erhöht. Der Großhandelspreis für Hausbrand per Tonne ab Brift beträgt damit 12,20 Mark, im um 4 Mark höher als vor dem Kriege. Auch der Preis für Industriebrütsel ist um 1. Mark pro Tonne hinaufgestiegen.

Der Zollabsatz hat seine Rückpreise pro Tonne ab 1. Juli um 2 Mark erhöht. Am August-September werden die Preise ebenfalls den Reichs-Hohensteiner (20 Prozent) Anstieg auf den Preis ab Brift gezeigt.

Überbrückungsverteilung des rhein.-westl. Kohlenzulags.

Im Vorjahr verteilt das Syndikat an seine Mitglieder unter den regulären Handelsgewerben eine der Gewerbetypen nicht genügende, aber sicher nicht kleine Summe als Extraordinande. Diese Gelder waren eingespart von den zu hoch erheblichen Umlagen (pro Tonne Absatz). Jetzt bringt das Syndikat wieder 10 Millionen Mark zur Verteilung an seine Mitglieder. Diese Millionen sind von Syndikat seinerzeit gewissermaßen als Bürgschaft für den Hibernia-Trost zu hinterlegen.

an Lösen, und er verpflichtet sich im Laufe der Jahre in Verbindung mit Wasserstoff als Wasser und in Verbindung mit Kohlenstoff als gasförmige Kohlenäsure. Da z. Auskunft präziser Mengen dieser Kohlenäsuren in den Braunkohlenbergwerken gleichzeitig der Bergmann als schwere Wetter oder als Stichwetter. Er kann dies in der Zellulose nicht mehr Kohlenstoff und Wasserstoff vorhanden ist, als das der in der Zellulose enthaltene Sauerstoff zu binden vermag, so nimmt der Sauerstoff zwar bedeutend ab, von dem Wasserstoff und nahezu vollständig von dem Kohlenstoff bleiben jedoch beträchtliche Mengen zurück. Die Steinohlen sind dementsprechend ein Gemenge junger Kohlenstoffverbindungen. Sobald der in der Zellulose noch vorhandene Sauerstoff nur noch eine geringe Rolle spielt, dann treten sich allmählich auch der übriggebliebene Wasserstoff in Verbindung mit dem Kohlenstoff als Gas ebenfalls von dem Gewebe, es entsteht das Marken oder Grubengas. Aus dem praktischen Leben lehnen wir diese Erscheinung durch die gefährlichen Säfte weiter.

Der Röntgenprozeß ist also ein Selbstzerstörungsprozeß; wie können zur Veranlassung auch jenen ein Selbst-Verbrunnung? präz. Verbrennen doch die Zellulose legen von den Elementen, aus denen sie besteht, durch den eigenen Sauerstoff so viel, wie dieser zu binden vermag. Dieser Prozeß verläuft um so reiner, je besser das Röntgenmaterial von der Luft abgeslossen ist, und dies ist natürlich da der Fall, wo ein Torslager, nachdem es eine gewisse Mächtigkeit erlangt hat, mit Sand oder mit Ton oder mit beiden Gelecken bedekt werden. Wie kann das aber geschehen? — Man kann unsere sich ständig austreibende Erde mit einem verkrustenden Apfel vergleichen. Wie auf diesem, so sinkt auch auf ihr hier und dort gewisse Partien des Oberflächen ein und an die tiefen Stellen beginnt sich immer das Wasser. Es kann es leicht kommen, daß ein Moor, das auf dem Festlande entstanden ist, später unter den Menschen geprägt wird. Das Meer steht aber namentlich in eisigen Buchten, Sande usw. ab, die ihm von den Flüssen zugeführt werden und die ein dort befindliches Torslager bedecken können. Man erinnert sich an die Delta. Bei so gutem Abschluß führt dann der Röntgenprozeß schließlich zu den bekannten festen Produkten, in denen sich der Kohlenstoff stets anreichert. Wir erhalten die Reine, Torslager, Steinohlen, Aufschluß.

Der Nachmann nennt den Prozeß der Kohleverarbeitung eine Zersetzung. Man darf nicht von einer Verholzung sprechen, denn als solche bezeichnet man die allerdings gleichfalls bei Röntgenprozeß, aber durch Eise nicht gebundene sogenannte Zersetzung der Zellulose und anderer sekundärartigen Körper. Es entweichen hierbei gleichfalls Gase, aber die Zersetzung ist eine so radikal, daß kein Kohlenstoff zurückbleibt. Man denkt hier an die Gewinnung der Kohleflocke in den Kohlenfeldern. Der häufig übereinander liegenden Schichten tritt hierbei Kohlenstoff und Kohle tritt hier deutlich vor Augen.

Außerdem den Abschlägen von höheren Pflanzen, wie sie uns in den Torslagern entgegentreten, gibt es nun in der Natur noch andere große Ansammlungen von totem Lebewesen. Auf dem Grunde der ruhigen Gewässer findet sich ein organischer Schlamm, den M. Potonié als „Schlamm“ genannt hat, weil er dem Röntgenprozeß unterliegt. Er besteht aus den Lebewesen mikroskopisch kleinen Organismen, die ständig auf dem Boden herabfallen und den See schließlich oft ganz zu füllen vermögen. Die chemische Zusammensetzung dieser kleinen Lebewesen ähnelt nicht derjenigen der Tiere als der der Pflanzen. Sie enthalten ja unter anderem mehr Eiweiß und mehr Fette. Dies bedeutet, daß das Produkt ihrer Zersetzung ein wesentlich anderes ist als das des Tors. Es entstehen Kohlen, die wesentlich mehr Wasserstoff enthalten als die aus höheren Pflanzen entstandenen.

Wie uns also die Torsbildung und ja auch die gelegentliche Verholzung des Inhalts unserer Koniferenbüscheln lehrt, fällt das von der Luft völlig abgeschlossene tote Pflanzennaterial einem langsam, freiwilligen Zersetzen unter, der schließlich zur Kohlebildung führt. Wer den Prozeß noch nicht gesehen bei der Kohleverarbeitung unbedingt notwendig ist, kann es nicht beobachten. Es handelt sich nur darum, daß das Pflanzennmaterial möglichst auf abgeschlossenen Lager-Groß- und -Klein-waren mögliche reaktionen beobachtet. Diese Annahme hat neuerdings der Chemiker Bergius durch mehrere interessante Experimente nach wissenschaftlichem Gesicht als sie sich schon von vornherein darstellte.

Drei Sonette aus dem harten Leben.

I.

Ich weiß von Schlachten, die verborgen drohnen,
die kein Generalbericht dem Volke stündet,
in tiefen Schluchten, die kein Aug ergründet,
weiß ich von Truppen, Greisen, Männern, Söhnen,
die tödlich vorstreiten ins Grauen
und keine Mühsal, keine Schrecken kennen,
ob gleich die Herzen, tief vor Schmerzen brennen,
einen gerechten Lohn und Glück zu schauen.
Und diese Schlachten nehmen nie ein Ende,
und dauern lange schau. Die Könige wissen
nicht mehr, wozum es geht. Vergnügt, verbissen,
vom Vater nimmt der Sohn in seine Hände
die schweren, abgerissenen Waffen. Sinnend
geht er aus, hatte Weit, in ewigen Wechseln täglich

worden. Nachdem die Hibernia verstaatlicht ist, können die 10 Millionen Mark (Handelsgewinne) den Syndikatsgeissen zurückgezahlt werden. Man sieht auch hieraus, wie die Wertsbesitzer ihre Interessen wahrnehmen.

Die Bergwerks- und Hüttenindustrie Luxemburgs

hat sich im Jahre 1916 weiter von den durch den Krieg verursachten Störungen erholt. Die luxemburgische Handelskammer berichtet, 1916 seien 98 (1915 : 85) Erzgruben in Betrieb gewesen, die Förderung habe 6.752.207 Tonnen (1915 : 6.139.424) betragen. Der Wert dieser Förderung stieg von 19.485.064 auf 23.024.145 Franks, wobei der Durchschnittspreis pro Tonne von 3,17 auf 3,41 Franks stieg. Die äußerst seltene Erfolgssuktur erreichte ihren Höhepunkt im August 1916. Damals fand die Konturierung der Bregg-Erze an, sich selbst vermarktbare zu machen, weil der Niederrhein und Westfalen in verstärktem Maßstabe Bregg-Erze beziehen könnten und noch jetzt darauf zurückgreifen können. Deshalb sieht sich der Rückgang der luxemburgischen Erzförderung in den ersten Monaten des laufenden Jahres noch fort. Die Erzausfuhr nach Belgien bewegte sich in bescheidenen Grenzen. Die Hauptabnehmer waren Cokerel, le Providence und Thyl-le-Chateau, deren monatliche Ausfuhr insgesamt von 20 bis 25.000 Tonnen ausmacht, 1918 wurden noch 1.887.245 Tonnen Minette ausgeführt, 1916 nur mehr 378.872 Tonnen. Die Lage der Eisenindustrie war befriedigend. Die Eisenerzpreise wurden vom Rückjahr ab immer ausgedehnt und im Sommer bereits konnten die Werke die Aufträge nur noch teilweise erledigen. Die Roheisenpreise gingen stark in die Höhe. Gießereirohreisen Nr. 3, welches 1915 74,50 Mark kostete, stieg ab 1. Juli 1916 auf 76,50 Mark. Keines Roheisens ging von 71 Mark auf 75 Mark. Die Walzwaren waren gegen Jahresende stark beschäftigt. In Drach konnte die Nachfrage nicht restlos befriedigt werden. Das gleiche trifft für Großbleche zu. Die luxemburgischen Werke waren speziell für das neutrale Ausland stark beschäftigt. Die Roheisenproduktion betrug 1916 insgesamt 1.580.520 (i. B. 1.500.773, 1913 2.547.861) Tonnen, wovon ungefährer oder auch nur in unklarer Weise gegen die Arbeiterinteressen oder gegen den christlichen Gewerksverein vorgegangen wäre, dann hätte es gewiß in Interesse des Gewerkschaftsverbandes gelegen, wenn sich der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes mit unserem Vorstand über ein gemeinschaftliches Einigungszweckseilelegung der Differenzen verständigte! Was steht der Leitung unseres Brüderverbandes seitens der Herausgeber holländischen Presse speziell vorgeworfen wird, nämlich, sie habe den christlichen Gewerksverein „bedrängt und verleidet“, das ist — wenn es überhaupt wahr ist! — in die Zeit nach der Stellungnahme der Gewerkschaftsleiter gegen die Aktion des Münzwerkerbands, sind also „Kriegereignisse“, die nach unserer Meinung wohl vermieden werden könnten. Die Spannung bestand schon lange. Dem „Verknappen“ ist doch wohl auch bekannt, wie durchaus einfallsig, ja provozierend die Einheitsfeinde der christlichen Arbeiterschaft bei den Vorschlägen für die staatlichen Arbeiterkontrollen vorgegangen sind! Dem „Verknappen“ wird auch bekannt sein, daß z. B. die bedeutendste christliche Gewerkschaftszahlstelle in Kreisrade sich für das Zusammenstreben erklärt hat, dann sogar ihre Mitarbeiter durch eigens verbreitete Zeitung aufforderte: „Nicht teuer! Nicht arbeiten!“ Das ist jedenfalls sehr bezeichnend für die Arbeitnehmer. Wir sind und bleiben der Ansicht, daß die Werksverwaltungen sich entgegenstrebend gezeigt hätten, wenn sie sahen, daß beide Verbände gewillt waren, gemeinsam die Arbeiterforderungen entschlossen zu vertreten. Dann war der Streit vermieden. Auch die Erfahrungen, die der Gewerkschaftsbeauftragte hat, am 25. Januar sei am 25. Juni machen mußte, belehren uns, daß in der Arbeiterschaft einem gemeinsamen Vorgehen beider Organisationen absolut kein Hindernis bereitet worden wäre. Wir sehen aus dem Arbeiterschaftsbericht herauskommt, wenn man in Arbeiterschaften Leuten aus anderen Gewerkschaftszahlstellen die Rolle von Dirigierenden überlässt. Wie bei diesen Herren ganz aus der Arbeiterbewegung heraus, dann wäre eine Verständigung der Arbeiter ungemein viel leichter herzustellen. Die von der Herausgeber holländischen Presse gegen unseren Brüderverband geäußerten Beleidigungen und Verdächtigungen sind uns so gut wie alle bekannt aus dem Frühjahrsstreit 1912 im Ruhrgebiet. Sie können uns deshalb nichts Neues bieten und uns in unserem Urteil über die Vorgänge in Holland gar nicht beeinflussen. Was uns in zahlreichen markanten Einzelheiten von holländischen Kommentaren über Streitvorgänge mitgeteilt wird, das eventuell zu veröffentlichen, wollen wir uns für zukünftige Zeiten aufsparen.

Es ist uns, sehr verspätet, ein vom 28. Juni datierter längerer Richter aus Holland zugestellt, welcher in der Hauptstadt besagt: Am 28. Juli standen circa 90 Procent der bei der Kohlegewinnung beschäftigten Arbeiter im Streit. Die von den Werksdirektoren mit allen Mitteln (auch Polizeiaufschot) unterdrückten Besuchs-, Streiktrede in neueren Zeiten zu befolgen haben bisher keinen Erfolg. Die streitenden Belegschaften verhalten sich ganz rüdig, unsere Streikposten sorgen überall für Auflösung. Auf den verschiedenen Streikposten versuchen die Kolonellenvorstände und andere Mitglieder des christlichen Gewerksvereins mit den Verbandsmitgliedern zusammen und versorgen mit uns auch das Streikpostenstehen. Der Kampf geht um einen aussöhnlichen Minimallohn und um die Achtundvierzigstundenarbeitszeit. Gegenwärtige Bekämpfungen sind unbekannt. — Wie uns mitgeteilt wird, ist es zu Verhandlungen gekommen, und besteht die Aussicht, daß der Streit mit Erfolg beendet werden kann.

Auch der Sattlerverband

hat seinen Tiefpunkt überwunden. Er hat im ersten Quartal 1917 um 1.713 Mitglieder zugenommen und damit den Stand vom vorigen Jahre um 463 überschritten. Der Verstand zählt gegenwärtig 7.187 männliche und 2.617 weibliche Mitglieder, 11.450 Mitglieder sind im Heeresdienst.

Der Landarbeiterverband

hat sich auch im Kriegsjahr 1916 gut behauptet. Er hat 6.249 Mitglieder und 800 Ortsgruppen von denen mehr als 60 von Frauen verwaltet werden. Im Heeresdienst stehen über 11.000 Mitglieder. Die Einheiten auf den Kopf des Mitglieds und wesentlich gestiegen, doch kann der Verband seine Rechnung nur durch einen Zuschuß der Generalskommision im Betrage von 40.000 Mark ausgleichen. Der größte Ausgabenpost ist die Krankenunterstützung. Der Verbandsverband erfüllt es für gesichert daß der Landarbeiter-Verband den Krieg überdauern und nochmals Kriege kräftig wachsen werde.

Der Glaserarbeiterverband

hat trotz erheblicher Einschränkungen zum Heeresdienst seinen Mitgliedsbestand im Jahre 1916 behauptet. Am Jahresdurchschnitt wurden 6.147 Mitglieder gezählt, davon 523 weibliche. Der Mannschaftsbestand hat sich im Berichtsjahr wohl um rund 65.000 Mark vergrößert. Werteswert ist die verhältnismäßig hohe Ausgabe von 1160 Mark für Bezugsgeld- und Nutzgeldern-Unterhaltung.

Internationale Rundschau.

„Ich kenne keine Parteien mehr, nur Menschen!“

Der hervorragende österreichische Volksrechts-Lehrer, Professor Heinrich Lammasch, politisch der freikirchlichen Partei (in Deutschland Zentrumspartei genannt) zugehörig, veröffentlicht in der „Wiener Arbeiterzeitung“ eine Abhandlung, welche wir folgendes entnehmen:

Gestalt drei Jahre schon sind die beiden großen internationalen Kriegermächte, die über die ganze Welt verbreitete Gemeinschaft der vom Schießsalut unterbrochenen und jener, die ihr bitteres Los zu mildern sich zum Programm gesetzt, auf einer Seite, und auf der andern die Weltmacht der katholischen Kirche, dazu verurteilt, dem zum großen Teil von den internationalen Großmächten entfesselten Kriegen talente zu zulassen. Nun ist die erste dieser sozialen Brüder (in Stockholm) zum Worte gelangt, gleichzeitig sprechen verschärfte Anzeichen dafür, daß auch die andre, trotz des nationalen Zaumes, der in einigen der mit uns im Kriege stehenden Staaten selbst den Krieg ergriffen hat, jetzt ebenfalls mit bestimmten Anstrengungen zu Friedensverbünden herzugetreten wird. Drei Jahre lang war in einem großen Teil des Proletariats die Erkenntnis verbreitet, daß die Arbeiter der verschiedenen Staaten weit mehr Interesse miteinander gemeinsam haben, als Arbeiter und Unternehmer des selben Landes, daß darum jeder Krieg für sie ein Bruderkrieg sei. Und haben sie auch weniger materielle Güter durch einen Krieg zu verlieren als andere Säulen der Gesellschaft, so steht doch in ihrer persönlichen Arbeitskraft für sie alles auf dem Spiele. Der Verlust des für familiär erneuernden Überbaus, die Verminderung der Erwerbsfähigkeit des verhärmten und durch Krankheit geschwächten Vaters. Die Zerrüttung der Gesundheit der in der Sorge für das tötliche Brod erkrankten Mutter, der Mangel an Unterricht, die verwahrloste Erziehung des im Kriege aufgewidmeten Kindes. Die Schwierigkeit, wieder in geordnete Erwerbsverhältnisse zurückzufinden, kann für sie durch keinen Gewinn an räumlicher Ausdehnung und an politischer Macht ausgleichen werden, den ihr Vaterland aus dem Krieg ziegt. Von dem Gewinn, den daraus die Banken, die Reder, der Großhandel, die Großindustrie ziehen, füllt nur ein winziges Prozent aus sie. So daß es begreiflich wird, wenn gerade sie von Gebietsveränderungen größeren Umfangs nichts wissen wollen, um dererwillen der Krieg noch verlängert werden sollte. Darum ist ihre Lösung der Friede ohne Annexionen, von denen sie nur zu gut aus der Erfahrung wissen, daß sie mit den Feinden legen zu läufigen Kriegen!“

Holländischer Bergarbeiterstreit.

Bon dem Verlauf des Bergarbeiterstreiks, dessen Ausbruch in Nr. 26 kurz melde, sind uns bisher nur verdeckte Berichte dagegen, was durch die infolge des Krieges arg gestörten Verkehrs-

verhältnisse zu erklären ist. Wir erfahren aber aus holländischen Zeitungen, daß die kapitalistische Presse selbstverständlich eine struppische Säge gegen die Streikenden einsetzte, ihnen infame Abstecher unterstellt und Verleumdungen nachstellt, wie wir das auch bei größeren Bergarbeiterstreiks in Deutschland vorzüglich 1912, erfahren müssten. Der Kapitalismus ist sich eben überall gleich. — Nach der „Monatschrift des Generalbüros für Statistik“ waren in den holländischen Steinbrüchen (sie liegen alle in der Provinz Limburg, nahe der deutschen Grenze bei Aachen-Herzogenrath) am 1. Mai d. J. 14.463 Arbeiter beschäftigt, gegen 10.141 am 1. Mai 1916. An den Staatsgruben allein arbeiteten im April 1917 und 8.620 Arbeiter, im April 1916 waren es 5.612. Die Belegschaft ist also erheblich gestiegen; ein großer Teil sieht sich auf belgischen Flüchtlings, Internierten und Gefreiten zusammengesetzt. Die gesamte Förderung betrug im April 1917: 238.097, im März: 289.787 Tonnen Steinkohlen. Der Streit ist natürlich jetzt besonders empfindlich wegen der allgemeinen herrschenden Kohlennot. Wenn aber die Werksverwaltungen hauptsächlich in der Lohnfrage entgegen gekommen wären, würde der Ausstand vermieden worden sein. Die Preise für 29 der wichtigsten Lebensmittel sind in dem holländischen Kohlenbezirk seit Kriegsbeginn bis April 1917 um 78 Prozent gestiegen. Dem tragen die Löhne nicht mehr Rechnung.

Der „Bergmann p.c.“ glaubt der „Bergarbeiterzeitung“. Vorhaltungen möchten zu sollen wegen ihrer Versterkratung über die holländische Bergarbeiterbewegung. Diese Vorhaltungen sind ungerechtfertigt. Wir haben aus Gründen die sich erklären aus der Lage, in der sich Deutschland befindet, darauf verzichtet, jetzt in einem streitigen Teile der uns zugegangenen Berichte aus Holland zu veröffentlichen und wollen das auch in Zukunft tun. Nur soweit sei allgemein gesagt: Die holländische heilige Bergarbeiterorganisation steht unter dem Befehl des Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Nicht entfernt sogenanzt ist der Einfluß unseres Verbandes auf den holländischen Minnwerkerband, der eine selbständige Organisation ist. Wenn aber dieser und nächstbarende Band ungehobelter oder auch nur in unklarer Weise gegen die Arbeiterinteressen oder gegen den christlichen Gewerksverein vorgegangen wäre, dann hätte es gewiß in Interesse des Gewerkschaftsverbandes gelegen, wenn sich der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes mit unserem Vorstand über ein gemeinschaftliches Einigungszweckseilelegung der Differenzen verständigte! Was steht der Leitung unseres Brüderverbandes seitens der Herausgeber holländischen Presse speziell vorgeworfen wird, nämlich, sie habe den christlichen Gewerksverein „bedrängt und verleidet“, das ist — wenn es überhaupt wahr ist! — in die Zeit nach der Stellungnahme der Gewerkschaftsleiter gegen die Aktion des Münzwerkerbands, sind also „Kriegereignisse“, die nach unserer Meinung wohl vermieden werden könnten. Die Spannung bestand schon lange. Dem „Verknappen“ ist doch wohl auch bekannt, wie durchaus einfallsig, ja provozierend die Einheitsfeinde der christlichen Arbeiterschaft bei den Vorschlägen für die staatlichen Arbeiterkontrollen vorgegangen sind! Dem „Verknappen“ wird auch bekannt sein, daß z. B. die bedeutendste christliche Gewerkschaftszahlstelle in Kreisrade sich für das Zusammenstreben erklärt hat, dann sogar ihre Mitarbeiter durch eigens verbreitete Zeitung aufforderte: „Nicht teuer! Nicht arbeiten!“ Das ist jedenfalls sehr bezeichnend für die Arbeitnehmer. Wir sind und bleiben der Ansicht, daß die Werksverwaltungen sich entgegenstrebend gezeigt hätten, wenn sie sahen, daß beide Verbände gewillt waren, gemeinsam die Arbeiterforderungen entschlossen zu vertreten. Dann war der Streit vermieden. Auch die Erfahrungen, die der Gewerkschaftsbeauftragte hat, am 25. Januar sei am 25. Juni machen mußte, belehren uns, daß in der Arbeiterschaft einem gemeinsamen Vorgehen beider Organisationen absolut kein Hindernis bereitet worden wäre. Wir sehen aus dem Arbeiterschaftsbericht herauskommt, wenn man in Arbeiterschaften Leuten aus anderen Gewerkschaftszahlstellen die Rolle von Dirigierenden überlässt. Wie bei diesen Herren ganz aus der Arbeiterbewegung heraus, dann wäre eine Verständigung der Arbeiter ungemein viel leichter herzustellen. Die von der Herausgeber holländischen Presse gegen unseren Brüderverband geäußerten Beleidigungen und Verdächtigungen sind uns so gut wie alle bekannt aus dem Frühjahrsstreit 1912 im Ruhrgebiet. Sie können uns deshalb nichts Neues bieten und uns in unserem Urteil über die Vorgänge in Holland gar nicht beeinflussen. Was uns in zahlreichen markanten Einzelheiten von holländischen Kommentaren über Streitvorgänge mitgeteilt wird, das eventuell zu veröffentlichen, wollen wir uns für zukünftige Zeiten aufsparen.

nächst entspricht das nicht den Tatsachen, und selbst wenn es so wäre, steht sich damit die Willkür nicht rechtfertigen, die in beiden Fällen geübt wurde. Der Sieger wird einweichen, die Beziehungen hätten sich geändert. Diese Bemerkung jeder Willkür kann hier jedoch nicht gelten.

Siehe Auguste-Billiria. In der Belegschaftsversammlung am 10. Juni war auch gerügt worden, daß das Gezähne schlecht gesägt und oft stumpf wieder in die Grube gerichtet wurde. Darauf sollte eine Revision der Gezähne erfolgen und wo stumpfes Gezähne gefunden wurde, Bestrafung eintreten. Wünsche die Arbeiter aber einen Schein zum Schärfen der Säge, können sie zu hören bekommen: „Das kennen wir auf Gloria nicht.“ Der Schärfstein läuft selten, oft ist der Krebsstein kaputt. In der Schreinerei zu schärfen ist aber verboten. Wer ein scharfes Beil haben will, muß es mit der Faile schärf machen. Hier wäre doch Abhilfe leicht möglich. Werum müssen wir trotzdem an dieser Stelle darauf hinweisen? Aber es scheint, daß der Betriebsführer und Fabrikleiter wünschen, öffentlich genannt zu werden, darauf lassen ihre Neuerungen auf gelegentliche Arbeiterbeschwerden schließen. Einmal mehr Verblödtheit und Entgegenkommen sind da unbedingt notwendig.

Siehe Bergmannsgrube. Am 10. Juni fand für diese Zeche eine Belegschaftsversammlung statt, wo festgestellt werden mußte, daß hauptsächlich Lauer und Leichauer sich auszutauschen, obwohl aus ihren Reihen die meisten Klagen kommen, vor allen Dingen über zu niedrige Löhne. Es wurde auch vorgebracht, daß in einem Fall bei nur 9 Mark noch eine Bedingung von 40 Pf. vorgenommen wurde. Das scheint kaum glaublich. Jedoch mußte diese Beleidigung nachgeprüft werden. Mit den verallgemeinernden Klagen ist übrigens nichts anzufangen, da müssen Ros und Reiter genannt werden. Die Arbeiterausschüsse stellen auch in den Belegschaftsversammlungen danach verfahren, weil ja sonst eine Nachprüfung schwer, wenn nicht unmöglich ist. Die Unorganisierten, die in den Belegschaftsversammlungen ihre Klagen vorbringen, könnten wissen, daß damit allein nichts erreicht werden kann und sie allein die Schuld tragen, wenn es nicht besser ist.

Siehe Ewald III und IV. Im Revier 7a sind hier die Löhne recht ungünstig. Die Arbeiter sind sogar der Ansicht, daß nicht Löhne unter 9 Mark verdient werden. Kürzlich wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß nicht alle Zusagen für Schwerarbeiter abgeholt würden, und wenn das noch weiter geschiehe, würde die Verteilung eingestellt. Die Zeche soll nur höhere Löhne zahlen, dann werden die Zusagen schon abgesolt. Wenn das nicht geschieht, so nur weil die Löhne doch nicht ausreichen. In manchen Straßen sieht es böse aus und muß unbedingt verbaute werden. Wenn ein Bruch auftaucht ist, ist ein anderer wieder da. Der wirtschaftsfreudige Sicherheitsmann hat die Erfahrungen eingestellt. Das bedeutet natürlich nichts für die Sicherheit des Betriebes. Aber seine Wähler haben es nicht besser gewollt und müssen sich nun auch mit dieser Tatsache abfinden.

Siehe Friedrich-Ernstine. Vom Anschlag findet hier die Löhnung morgens von 6 bis 7 und nachmittags von 2 bis 2½ Uhr statt. Wenn die Nachtschicht herauskommt, sind meist schon einige hundert Leute von der Mittagschicht da, um ihren Lohn zu empfangen, die nun natürlich vorgehen. So kommt es, daß die Leute der Nachtschicht oft Stundenlang auf ihren Lohn warten müssen. Warum wird hier keine entsprechende Aenderung getroffen, um den Leuten der Nachtschicht das lange Warten zu sparen? Es könnte doch für die Nachtschicht von 8—9 Uhr ausgelohnt werden! Oder nicht? Es gelingen auch noch innere Löhne von 8,60, 8,70 Mt. usw. zur Auszahlung, die also weit unter dem Durchschnitt von 10,50 Mt. liegen. Hier wäre doch ein besseres Augleich notwendig.

Siehe Italien I und II. Hier ist es üblich, daß an Lohn- und Abschlagszügen für Kriegserfamilien gezumt wird. Als sich einige Arbeiter weigerten, etwas zu zeichnen, rief ihnen der Jahrhauer Schäfer zu: „Wer nichts geben will, kommt in den Schüzengraben!“ Solche Beleidigungen sind recht überflüssig und nicht geeignet, das gute Unternehmen zu fördern. Lebendig hat ja darüber auch nicht irgend ein Arbeitgeber, sondern allein die Militärbefehle zu bestimmen. Über Werke und Zubereitung der Befestigung in der Menge werden so viele Klagen geführt, daß es erforderlich erscheint, den Dingen einmal auf den Grund zu geben. Diese Einrichtung ist doch nicht geschaffen, damit sich der Inhaber auf Kosten der in Frage kommenden Arbeiter bereichern soll.

Siehe König Ludwig IV und V. Hier wurde dem Arbeiterschaftsverband nicht einmal gestattet, eine Bekanntmachung zu einer Belegschaftsversammlung am 23. Juni auszuhängen. Der Betriebsführer hatte nichts dagegen einzubringen, aber der Direktor antwortete ablehnend. Der Arbeiterschaftsverband soll laut Geist das gute Unternehmen erhalten und fördern und muß sich folglich auch mit der Belegschaft verständigen. Wie soll er aber seine Aufgabe erfüllen, wenn nicht einmal der Ausschlag einer einfachen Bekanntmachung gestattet wird? Beim letzten Ausschlag wurde den Organisationsvertretern auch nicht gestattet, in der Waschkasten zur Belegschaft zu reden; was zur Folge hatte, daß den ganzen Tag gestritten wurde. An diesem Geist der Überhöhungkeit, der nicht nur auf König Ludwig, sondern auch auf vielen anderen Geistern besteht, scheitert der Verständigungswille der Arbeiter. Dieser Geist treibt immer wieder zu Konflikten, die sehr leicht zu vermieden wären. Auch die Kriegserfahrungen haben davon nichts geändert. „Wir sind Herren im Hause und lassen die Arbeiter nicht hineintreten!“ Solang es seit Jahrzehnten so liegt es heute und so wird es fortblingen, solange die Unorganisierten abseits der Organisation stehen und dadurch der „Herr im Hause“ führen.

Siehe Nordstern I und II. Bereicherung der Notiz in Nr. 22 vom 22. Juni. Das Krautladen wird nicht gefordert, sondern nur verlangt, daß die Wagen voll geladen werden. Umlauf ist, daß viele Schleppwagen abhanden kommen. Wenn dies in einem Einzelfall auch mal vorgekommen ist, so kann doch von einem Nebestand in dieser Hinsicht keine Rede sein. Gleich mag hier und da wohl gefehlt haben, das ist unter den heutigen Beziehungen, besonders zu Zeiten der Bahnsperre, nicht verwunderlich. Die Schilderungen werden pünktlich abgehalten. Die Belegschaft der Lebensmittel erfolgt unter Mitwirkung von Arbeiternvertretern genau nach Vorschrift. Diese ist aber bei jeder Aussage wieder anders. Einmal erhalten die Arbeiter sämtlich die gleiche Menge, dann erhalten Schlepparbeiter mehr wie sonstige Arbeiter, dann wieder erhalten nur Arbeiter mit eigenem Haushalt Lebensmittel, weiter solche unter Verpflichtung der Kinderzahl. Weiter kommt es vor, daß wenn nach Schluss der Lebensmittelausgabe etwas übrig bleibt, Schlepparbeiter dieselbe Menge erhalten wie Schwerarbeiter, oder daß Familien mit vielen Kindern zweimal die Menge erhalten. Rhönix, Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb. Abteilung Bergarbeitsverwaltung. Namen unleserlich.

Siehe Wallon. Die Straßen im Revier 6 sind hier teilweise in einem schlechten Zustande. Kaum war z. B. der Bruch, der unserem Kanalbau Nr. 2 zum Verhängnis geworden war, aufgewältigt, lag schon wieder ein anderer. Wo die Straßen so schlecht sind, sollte doch möglichst Mittelpunkte geschlagen werden. Ordnung muß sein, besonders bei der Schilderung. Die läßt sich aber auch in anderer Weise halten, wie es durch Steiger Blumfuß geschieht. Die Bergleute sind doch freie Arbeiter und keine grünen Jungen. Vor allen Dingen müßte der Fall nachgeprüft werden, der zur Entlassung eines Arbeiters geführt hat. Es ist doch nicht angängig, daß, was ein Beamter tut, geurteilt wird. Beider steht bei den Beamten nur zu oft die nötige Ruhe und Selbstgut. Da ist es kein Wunder, wenn sich auch Arbeiter hinreichen lassen. Solche Fälle müssen dann aber gerecht gewürdigt und danach behandelt werden. Nach den vorliegenden Beschwerden ist das in vorliegenden Fall anstreitend nicht geschehen.

Siehe Victoria-Mathias (Gelsen). Berichtigung der Notiz in Nr. 22 vom 22. Juni. Es ist nicht richtig, daß extrafamiliäre Belegschaftsmitgliedern die Brot- und Kartoffelzusätzchen verweigert werden; es werden ihnen nach Vorzeigung ihres Kartencheinbuchs die Karten jedesmal ausgehändigt. Wohl werden denjenigen Leuten, die Montags und Dienstags willkürlich feiern, keine Zusatzmarken ausgehändigt. Der Markenpolizei bestreitet, Worte gebraucht zu haben, wonach die erkauften Arbeiter nichts zu verlangen hätten. Es ist ferner unnahmbar, daß auf der Kasse die Frauen in rücksichtsloser Weise zur Arbeit angestellt werden. Hochachtungsvoll Gewerkschaft Victoria-Mathias. Die Direktion: Gold, Weitheuer.

März. Das macht also einschließlich Teuerungszulage 4,20 und 4,40 Pf. pro Schicht. Das kommt in jeder Zeit nicht auszutragen ist sollte auch den verantwortlichen Beatern einleuchten. Allerdings haben diese es verstanden, für sich die Kriegsnot wesentlich zu erleichtern. Sie haben Bildner, die sich auf den umliegenden Feldern ihr Futter suchen, großen Erdrutsch im den Werkstätten, Werkstätten, der von Gefangenen bearbeitet wird und auch noch sonstige Quellen. Von der Hindenburgspende im Januar haben die Bergleute nichts erhalten. In einer Belegschaftsversammlung war ein Durchschnittslohn für Hauer von 8,50 Mark, für Förderleute von 8 Pf., und für das Kettenspersonal von 8 Mark für die Schicht gefordert. Als Antwort auf diese sehr beschwerliche Forderungen erhöhte die Werkleitung den Bergleuten die Preise der Brandholzen von 40 auf 55 Pf. pro Kettoliter. Aber der Lohn wurde nicht erhöht. Nach Lage der Verhältnisse ist das die schlimmste Herausforderung. Es ist eingewandt worden, daß Werk rentiert sich nicht. Werum dann den Arbeitern die Kohlenpreise erhöht werden und dem Wadgassfabrikanten nicht? Dielel heißt doch gute Gewinne ein und kann folglich besser die höheren Kohlenpreise zahlen, wie die Arbeiter. Werum hat man für ein Werk mit kaum 80 Arbeitern zwei Direktoren? Es würde nach Ansicht der Arbeiter auch ohne Direktoren gehen und dabei ein tüchtiges Stück Geld gespart werden. Auch im Betrieb könnte gespart werden, wenn z. B. jetzt passende Holz vorhanden wäre. Oft aber ist das zwei Meter lange Holz alle und es werden die langen Stempelholze zerstochen, die ebenfalls noch zu schwach sind. Dann wieder sieht das lange Stempelholz und es werden statt 12 nur 8 Fuß Kohlen abgebaut, die übrigen bleiben sitzen, das ist doch eine eigne Wirtschaft. Wenn das Werk die nicht rentabel ist, braucht man sich nicht zu wundern. Wenn nun die Arbeiter das alles entstellen müssen, so ist das gewiß nicht recht, aber die Unorganisierten wollen es nicht besser haben, sonst hätten sie sich längst unserem Verband angegeschlossen.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Dechen. Von hier gehen uns Klagen zu, daß trotz der 10 Prozent Teuerungszulage manche Arbeiter keinen ausreichenden Lohn verdienen können. Es müßte doch unbedingt darum gekehrt werden, daß die starken Lohnunterschiede möglichst ausgleichen werden. Alle wollen doch leben! Nebenjahr sollen die Hauptlöhne bei manchen Kameradschaften gekürzt werden sein und zwar bis zu 40 Pf. Damit die Direktion keine so große Auslage durch die 10-prozentige Lohnzulage hat, sagen die Arbeiter! Eine Kameradschaft hat 7,60 Pf. Lohnzulage; dazu 10 Prozent Zulage, macht 8,26 Pf. Das ist doch entschieden zu wenig. Die Siefel müßte mittags pünktlich beginnen, damit die Arbeiter den Zug erreichen können und nicht bis 7 Uhr abends warten müssen. Das ist ein großer Nebenstand für die in Frage kommenden Arbeiter, der zudem leicht abgestellt werden könnte. Werum zieht es nicht? Warum müssen wir erst an dieser Stelle darauf hinweisen?

Grube Langenberg bei Wollmerringen. In Nr. 24 der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir uns mit den niedrigen Löhnen beschäftigt, die auf dieser Gruppe gehörten. Unsere Kritik war nicht erfolglos. Den Familienernährern ist daraufhin eine Teuerungszulage von 1 Mark pro Schicht gewährt worden. Das ist immerhin etwas. Die Arbeiter haben den Wunsch, daß die automatische Wage auch benutzt und das Gewicht richtig festgestellt wird. Jetzt wird viel gefragt, daß die Arbeiter zu niedriges Gewicht erhalten. Wie kommt es z. B., daß auf einen Doppelwagen 14 Wagen geladen werden, trotzdem die Hauer nur ein Gewicht von 18,5 Tonnen erhalten? Das sind doch 2,5 Tonnen zu wenig! Wenn sich Hauer beim Herrn Betriebsführer Kainer über Beschleunigung der Arbeit beklagen und um Gehalts erhöhung ersuchen, sagt dieser oft nur: „Immer weiter drauf!“ Damit ist die Beschwörung dann für Herrn Kainer abgetan! Den Arbeitern ist aber nicht geholfen. Es müßte doch von Fall zu Fall geprüft und wenn nötig, das Gedinge erhöht werden. Und was soll die Drohung: „Gegeben Sie nach Niedenholzen!“ Bedeuten, die Herrn Kainer so gefährlich ist?

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Wilhelm Arenswald f.

Unser Verband hat wieder einen harter Verlust getroffen. Kamerad Wilhelm Arenswald, zuletzt Arbeitersekretär in Oberhausen, ist am 27. Juni 1917 nach siebenmonatiger Krankheit im Lazarett in Bensheim (Hessen) gestorben. Seine Frau und sechs Kinder betrauern den Verlust ihres Brüder und wir den eines guten Kameraden und hingedenkenden Mitstreiters. Am 14. März 1915 war er zum Kriegsdienst eingezogen worden und hat als Landsturm-Pionier an der Westfront gekämpft. Mit heissem Herzen erfreute er wie alle Menschenfreunde das Ende des entsetzlichen Bölkermordens, das er nicht mehr erleben sollte.

Wilhelm Arenswald wurde am 27. Juli 1878 geboren, ist also nicht ganz 40 Jahre alt geworden. Am 1. Februar 1897 schloß er sich in Heinen bei Essen unserem Verband an, wo er bald in den vordersten Reihen finden. Bei den allgemeinen Knappensätestenwahlen 1904 wurde er weiteren Kreisen bekannt, wie er über die Grenzen der Wahlstelle Heinen hinaus unermüdlich für die Verbandsarbeit tätig war. Am 1. Juni 1905 wurde er vom Gewerkschaftsrat in Bochum ins dortige Arbeitersekretariat berufen. Hier wie überall zeigte er sich durch treue Pflichterfüllung aus. Am 1. Januar 1908 übernahm er die Leitung unseres Arbeitersekretariats in Oberhausen, wo er bis zu seiner Einberufung seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeiterseite stellte. Nun ist er dahin, ein Opfer des furchterlichen Krieges wie tausende unserer braven Verbandskameraden und unzählige wackerne Volksgenossen. In der Erinnerung aller, die ihn kannten, aber wird er vorleben als ein Beispiel raffholer, opferstreudiger Hingabe an die Arbeitssache. Ehre seinem Andenken!

Eingaben der Verbände.

Am 27. Juni haben die Vorsitzenden der gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts eine Eingabe gerichtet, worin um schnelles und durchgreifendes Handeln zur Begehung der Notstände in der Lebensmittelversorgung dringend ersucht wird.

Eine weitere Eingabe wurde am gleichen Tage an das Kriegsamt gerichtet, worin eine Entschädigung der Arbeiterauschüsse für Löhnern ausfällt bei Vertretung ihrer Belegschaften vor den Schlachtungsstellen des vaterländischen Hilfsdienstes gefordert wird.

Höhere Abschreibungen — für Arbeiter?

In dem Bericht über die unter dem Vorbehalt eines Herrn von Nassau in Bochum abgehaltene G.-R. der Kästenhaber von Zeche & Guanfanti der Große leidet daran, daß die Förderung 1916 trotz aller entgegenstehenden „Zwierigkeiten“ um 10 Prozent, die Kostensteigerung um 14,5 Prozent gefestigt werden konnte, „wo für in besondere den Beamten und Arbeiter für außerordentliche Anstrengungen zu danken sei!“ Erhalten dann auch insbesondere die Beamten und Arbeiter für ihre außerordentlichen Anstrengungen den höchsten Anteil an dem Etat der Tätigkeit? Ein Karte wartet auf Antwort. Weiter zu lesen wie in dem Bericht.

Auf Anfrage eines Gewerken sollte der Generaldirektor bezüglich der Abschreibungen mit, auf welche erneut habe man im Berichtsjahr nichts abgetrieben, weil keinerlei Gründe das verhinderten. Dagegen hat man auf Verlustszulagen durchweg ein Drittel mehr abgezogen, wozu diese im Kriege entsprechend weit abgesenkt wurden.

Haben sich die Herren „Gewerke“ auch einmal danach erkundigt, wie es mit den Abschreibungen der Arbeiter aussieht? Die Unternehmer stellen ein Drittel höhere Verbrauchsabschüsse als Abschreibungen für spätere Aufwendungen, Reparaturen, Neuanschaffungen usw. zurück, können darum getrost den Rat des Kaufmännischen Gegenwart. Und der Arbeiter? Nicht nur seine Röhrerkräfte werden durch die anerkannten außerordentlichen Anstrengungen insbesondere stärker abgezogen. Daburch wird seine Gesundheit weiter verschädigt und sein Leben verkürzt. Auch zu Hause in alles zerrissen und verzweigt. Haushalte, Möbel, Kleidung, Stoffware sind aus Hand und Band. Die enormen Preise gezwungen, wenn überhaupt die betreffenden Gewerkschaften zu haben sind, fast keine Rekonstruktionen, kaum noch einige Reparaturen. Daß der ganze Sohn muss für die trocken mangelhafte Ernährung bezurzogen werden. Wer von den Arbeitern kann Rücklagen (Abschreibungen) für jüher kommende Notzeiten machen? Nach dem Kriege werden wir nur ganz Reiche und ganz Armen haben. So spricht der Bölsiusmund, und er wird Recht bekommen.

Arbeiterauschüttung der Schachtanlage Alma.

Am 26. Juni fand unter dem Vorbehalt des Herrn Bergausschusses ein den die ordentliche ½ jährige Arbeiterauschüttung statt. Der Herr Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß in Zukunft, wie in der vorigen Sitzung seines Ausschusses beantragt, für Sonnabgsarbeiten in der Zeit von morgens 6 bis abends 10 Uhr eine besondere Vergütung gezahlt werden solle. Die Höhe dieser Vergütung soll sich jeweils nach der Art der Arbeit und der Zeit richten, sollte jedoch aber auch jedesmal vor Beginn der Ansicht festgelegt werden. Weiter wurde bekanntgegeben, daß dem Wunsche des Ausschusses, daß den aus dem Felde zurückkehrenden Kriegsteilnehmern, soweit sie in Beckenhäusern wohnen, die Miete für den Monat, in dem sie zurückkehren, erlassen bleibt, stattgegeben sei.

Auf der Tagessitzung standen folgende Sachen: 1. Lohnfrage, 2. Lebensmittelfrage, 3. Beschaffung von Grabenstäben und Kleider, 4. Ausgabe der Brotscheine nach beendeter Schicht, 5. Wagenschmieren und Auswechseln der schadhaften Räder und Achsen.

Zum 1. Punkt wird seitens des Ausschusses gebeten, eine weitere Steigerung der Löhne und besonders derjenigen der Schichtföhner einzutreten zu lassen. Der Herr Vorsitzende gibt folgendes bekannt:

Der Durchschnittslohn betrug

im Monat	für Hauer	für Reparaturhauer	für insgesamt
Jänner	6,60 Pf.	7,52 Pf.	7,04 Pf.
Februar	10,10 "	7,66 "	8,01 "
März	10,30 "	7,88 "	8,24 "
April	10,60 "	8,40 "	8,55 "
Mai	10,71 "	8,07 "	8,60 "

Die Löhne vertheilen sich zugleich Kinderzettel, jedoch sind die Löhne der Gefangenen dabei mitunter anders gelassen. Eine allgemeine Lohnzulage wurde abgelehnt, jedoch angefragt, daß eine weitere Steigerung in der bisherigen Weise von Fall zu Fall stattfinden soll.

Zu Punkt 2 wünscht der Ausschuß, daß ihm eine gründliche Kontrolle über die eingehenden amtlichen Waren gestattet würde, namentlich auch Einsichtnahme in die Rechnungen usw. Weiter wünscht der Ausschuß nach einer Kontrolle über die seitens der Zeche freihändig eingelaufene Waren und fordert ferner, daß ihm die durch die Kontrolle etwa verloren gekommenen Schichten seitens der Zeche vergütet werden. Der Ausschuß hält eine gründliche Kontrolle schon aus dem Grunde für unbedingt nötig, damit er der Belegschaft über Ein- und Verkaufspreis Aufklärung geben und etwaigen falschen Geschäftsvorfällen entgegen treten kann. Der Vorsitzende lehnt jede Vergütung ab, verweist darauf, daß das Amt eines Ausschussmitgliedes ehrenamtlich vereinbart wurde, und daß derartige Ehrenamtler in der Regel nicht besonders vergütet werden. Weiter wird als Grund der Ablehnung angegeben, daß die Zeche auf die Arbeitskraft der Ausschussmitglieder in der Grube nicht verzichten könne. Sodann müßte auch die Abteilung grundätzlich erfolgen, da der Herr Vorsitzende befürchtet, daß die Arbeiterauschüsse bald mit neuen Forderungen kommen würden, falls ihm diese bewilligt würden. Der Herr Vorsitzende scheint zu wissen, daß der Appell beim Eisen kommt. Auch eine Kontrolle über die seitens der Zeche freihandlungsverboten Lebensmittel wird abgelehnt; dagegen bei den amtlichen zugesanden. Ein Ausschussmitglied bemerkte dazu, daß der Ausschuß unter diesen Umständen dann auch jede Verantwortung dafür ablehnen müsse, wenn in Zukunft wieder Gerüchte verbreitet würden, daß die Verteilung nicht gerecht erfolge und zu hohe Preise erfordert würden.

Zu Punkt 3 wünscht der Ausschuß die Beschaffung von Grubenstäben und Kleider. Der Herr Vorsitzende sagt zu dieser Angelegenheit, sein möglichst tun zu wollen. Da die Lieferung jedoch durch die Wobben erfolgen müsse, hier nach Schanz & genannt und diese in Übereinstimmung mit der Sache zu tun hätten, so befürchtet er, daß die Lieferung noch lange auf sich warten lassen werde.

Zu Punkt 4 wird gewünscht, daß die Ausgabe der Brotscheine nach beendeter Schicht erfolgen solle. Für die Schachtanlage Altenberge I wird dies zugesagt und auf Alma soll demnächst ein Vertrag geschlossen werden.

Zu Punkt 5 wird darüber gestellt, daß die Förderwagen mangelsaft geschnitten und viele Räder und Achsen schadhaft sind. Hierzu bemerkt der Herr Vorsitzende, daß die Wagenschmieren &c. bedeutend minderwertiger sei wie früher, obwohl erheblich größere Mengen gebraucht würden, ließe sich die schlechteste Ware leider nicht erheben. Die schadhaften Förderwagen sollen nach Möglichkeit stets sofort ausgebessert werden.

Wenn jeder Kamerad

ein neues Mitglied wird,
verdoppeln wir unsere Zahl;
verdreifachen unsere Kraft,
verzehnfachen die Lust zur Arbeit — und ernten
hundertfachen Lohn in dem Erfolg;
tausendfacher Dank der Kameraden im Felde ist
uns gewiß!

Wer wollte da abseits stehen ???

Überbergamtsbezirk Bonn.

Diergardt vor dem Schlachtungsausschub.

Vor dem Schlachtungsausschub in Duisburg, den der Arbeiterauschüttung im Auftrage der Belegschaft angerufen hatte, kam es am 18. Mai zu folgendem Vergleich:

Die Verwaltung der Zeche Diergardt, Schacht III, erklärt, daß bei entsprechender Leistung und der Kriegszeit entsprechen normalen Betriebsverhältnissen der Gehaltshof weiter steigen wird, sodass er bereits im Juni 1917 für Hauer einen Durchschnitt von 10,50 Mark für die Schicht erreicht. Wird ein Hauershauer in Nötfällen als Reparaturhauer beschäftigt, so muß, wenn nicht eine besondere Vereinbarung getroffen wird, sein Lohn die jenseitige Höhe erreichen, welche er an seiner bisherigen Arbeitsstelle in dem betreffenden Monat erreicht haben würde.

Auch die Schichtföhner unter und über Tage sollen entsprechend aufgehoben werden. Sollte sich herausstellen, daß einzelne Schichtföhner seit längerer Zeit keine Aufsichtsernst erhalten haben, so sollen diese besonders berücksichtigt werden.

Punkt 2 des Antrages vom 9. Mai d. J. wird übereinstimmend als erledigt angegeben, da dieser Punkt gelegentlich geregelt ist.

Über die Frage der Regelung der Überzähler soll heute im Einverständnis beider Parteien eine Vereinbarung oder Entscheidung nicht getroffen werden. Dieser Punkt wird einstweilen als erledigt betrachtet.

Die Zeichenverwaltung erklärt sich seinerzeit bereit, darüber Erfahrungen einzugehen, ob auf der Mehrzahl der Zechen im Revier den Überzähler eine besondere Vergütung für das Tragen des Gehaltshofs gewährt wird. Nach Beendigung der Ermittlungen soll über diesen Punkt erneut zwischen der Zeichenverwaltung und dem Grubenbauchsrecht verhandelt werden.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Einfluß des Krieges auf die Unternehmergewinne.

Die größte Braunkohlen-Altersgesellschaft Mitteldeutschlands sind die A. Kästenhaber Montanwerke. Sie haben ein Aktienkapital von 24.500.000 Pf. und beschäftigen vor dem Kriege ca. 7000 Arbeiter, welche sich auf 40 Gruben, 18 Betriebstypen, 20 Schmelzereien, 12 Ofen- und Ofenfabriken, 5 Ziegelfabriken und 6 Paraffin-, Mineralöl- und Kerzenfabriken verteilen.

Am 14. Juni tagte in Halle eine Ausschusssitzung der A. Kästenhaber Montanwerke. Dieser lag die Jahresrechnung des im 31. März d. J. abgelaufenen Geschäftsjahrs vor, monatlich sich das Geschäftsergebnis also gefestigte: Bruttovermögen im Geschäftsjahr 1916/17: 14613.861,03 Pf., 1915/16: 11.227.615,97 Pf., 1914/15: (acht Monate Kriegszeit): 9.673.757, Pf., 1913/14 (ein Jahr vor dem Kriege): 8.465.232 Pf. Die Entwicklung des Krieges, wie sie in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, kann nicht ungedeutet werden. Ein Krieg würde seine noch zu heraufziehende Wirtschaftskraft imstande sein, eine derartige Verminderung herzurichten. Sie war nur möglich auf der doppelten Grundlage, rechnen der Ausnutzung der Ressourcen, indem ein eingeschränktes Rohstoffangebot zu fortgeschrittenen Preissteigerungen benötigt wurde und zweitens die Konsumgüter ihrer Nutzer infolge Verschwendungen benötigt wurden. So spricht der Bölsiusmund, und er wird Recht bekommen.

Den Preiserhöhungen für alle Erzeugnisse der Braunkohlenindustrie wurde von selten der Unternehmer stets geltend gemacht, die Geschäftsunfälle seien gestiegen. Zum Teil mag das zutreffen und vielleicht in der umfangreichen Beschäftigung Kriegsgefangener zu suchen sein. Immerhin zeigt die Profitsteigerung von 8 auf 14 Millionen Mark, also um fast 75 Prozent, daß man es verstanden hat, bei Verrednung der höheren Geschäftskosten auch sein Schädel zu scheren. Nachdem ein solcher Bruttolönerlös erzielt, sollte man meinen, dessen Unterbringung sollte den Gedanken nahelegen haben, etwas für die Arbeiter zu tun. Doch weit gefehlt. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung folgende Regelung vor. An Geschäftsunfällen sind zu bedenken: 1916/17: 1.778.345,89 Pf., 1915/16: 1.014.485,28 Pf., 1914/15: 1.418.944, — Pf., 1913/14: 1.301.719, — Pf. Diese Steigerung ist nicht allzu hoch. Sie beträgt nur rund 400.000 Pf. Die Aufwendungen an Binsen ist sogar gesunken. Sie betrug 1916/17: 589.784,28 Pf., 1915/16: 756.281,27 Pf., 1914/15: 781.058, — Pf., 1913/14: 610.589, — Pf. Eine Veränderung der Binsen braucht bei dem vorjährigen günstigen Geschäftsbaujahr nicht wieder zu nehmen. Als Aufwendung der Kriegsförderung für Beamte und Arbeiter sind eingesetzt: 2.572.084 Pf., im Vorjahr wurden für den gleichen Zweck ausgegeben: 1.461.180 Pf., im ersten Kriegsjahr 461.461 Pf.

Insgeamt sind demnach für diesen Zweck rund 4,5 Millionen Mark seit Kriegsbeginn verausgabt worden. Eine erhebliche Summe, mit der viel Gutes getan werden könnte. Da aber bei jeder Gelegenheit, jurnal bei gerechten Forderungen der Arbeiter nach angemessener Entlohnung ihnen diese Wohlthätigkeit entgegengehalten wird, müssen wir daran erinnern, daß die Summe lediglich aus dem Gewinne genommen wurde, dessen Erzeuger doch auch nur wieder die Riebeckischen Arbeiter und nicht die Aktionäre sind. Diese Wohlthätigkeit haben Veltener ganz billig, da sie ihnen keinen Pfennig kostet. Wäre das nicht der Fall, bliebe es um die Wohlthätigkeit, in unserem Falle die Kriegsförderung, nicht gut bestellt sein.

Hinderten doch diese Aufwendungen nicht, die Abschreibungen in reichlicherem Maße vorzunehmen, so daß sie sich wie folgt gestalteten:

1916/17: 4.775.037,50 Pf., 1915/16: 3.503.190,20 Pf., 1914/15: 2.804.512, — Pf., 1913/14: 2.004.254, — Pf. Es wurden im Kriege rund 3.200.000 Pf. Abschreibungen vorgenommen, als es vielleicht ohne